

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU***Stand der Integrationsarbeit in Bremen und Bremerhaven***

Mit der „Konzeption zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern im Lande Bremen 2003 bis 2007“ sind Ziele für bremische Integrationspolitik und -arbeit aufgestellt worden. Gleichzeitig sind mit dem In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes zum 1. Januar 2005 Integrationsmaßnahmen des Bundes definiert und eingeführt worden. Grundlegendes Ziel einer modernen bremischen Integrationspolitik ist es, Migrantinnen und Migranten eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auf der Grundlage der gemeinsamen demokratischen Werte unseres Grundgesetzes zu ermöglichen. Besondere Bedeutung hat dies für Migrantinnen, an deren Integration in ihrer Familie kein großes Interesse besteht.

In diesem Zusammenhang wird der Senat gebeten, über den Stand der Umsetzung der Integrationsarbeit in Bremen und Bremerhaven zu berichten.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Maßnahmen der frühkindlichen Förderung und Bildung für Kinder und Familien mit Migrationshintergrund sind bisher entwickelt worden? Wie erfolgreich sind sie?
2. Welche Projekte und Maßnahmen der schulischen Förderung für Migrantenkinder werden in Schulen des Landes Bremen realisiert? Wie bewertet der Senat die Entwicklung dieser Schritte?
3. Welche Schritte unternimmt der Senat im Bereich der interkulturellen Altenhilfe? Wie bewertet er die diesbezüglichen Maßnahmen?
4. Hält es der Senat in den oben genannten Bereichen – ebenso wie bei der Polizei – für sinnvoll, im Sinne der Integration Lehrkräfte und Betreuungspersonal mit ausländischer Herkunft bzw. Migrationshintergrund zu beschäftigen, um ihre Kenntnisse der Sprachen und Lebensweisen anderer Kulturkreise für ihre Arbeit zu nutzen und gleichzeitig ein positives Signal zur Integration von Personen mit Migrationshintergrund („Rollen Vorbild“) zu geben?
5. Wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden durch die Equal-Entwicklungspartnerschaften zur Erwerbsintegration zugewanderter Frauen und Männer in Bremen und Bremerhaven in der ersten Förderphase (2002 bis 2005) erreicht, und welche Bilanz kann gezogen werden? Welche Absichten werden mit der Umsetzung der zweiten Förderphase (2005 bis 2007) für Zuwanderinnen und Zuwanderer verfolgt?
6. Welche Erwartungen werden mit dem im Januar 2005 konstituierten Bremer Rat für Integration verbunden? Wie schätzt der Senat die ersten Monate seit Tätigwerden des Bremer Rates diesbezüglich ein?
7. Welche Änderungen haben sich durch das neue Zuwanderungsgesetz für die Integration neu ankommender Migrantinnen und Migranten sowie für bereits länger hier lebende Migrantinnen und Migranten ergeben? Wie beurteilt der Senat den Stand der Umsetzung der neuen Regelungen?

8. Wie wirkt sich die neue Regelung der Integrationskurse auf Migrantinnen und Migranten aus, die bereits länger als zwei Jahre in Bremen oder Bremerhaven leben, jedoch noch über Integrationsbedarf verfügen? Sieht der Senat Möglichkeiten, einem möglichen Bedarf der bereits länger hier lebenden Migrantinnen und Migranten zu begegnen?
9. Wie viele neu zugewanderte Personen haben das Angebot der Teilnahme an Integrationskursen, verpflichtet oder gegebenenfalls freiwillig, bisher wahrgenommen? Welche Kenntnis hat der Senat zur Akzeptanz und Wirkung dieser Kurse?
10. Welche Möglichkeiten bestehen, um Migrantinnen und Migranten zur Erfüllung ihrer Teilnahmepflicht zu bewegen? Verfügt der Senat jenseits der Kürzung von Leistungen über Instrumente zur Durchsetzung der Teilnahmepflicht, insbesondere im Hinblick auf Migrantinnen, deren Familien kein großes Interesse an einer Integration der Frauen haben? Wurde in Bremen oder Bremerhaven bisher von solchen Möglichkeiten Gebrauch gemacht?
11. Die Stadtgemeinde Bremen hat sich an dem von der Bertelsmann-Stiftung ausgeschriebenem Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“ beteiligt. Welches Ergebnis hat Bremen erzielt? Wie bewertet der Senat das Ergebnis?

Frank Pietrzok, Hermann Kleen,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Klaus Peters, Karl Uwe Oppermann,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU